

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

17.05.2024

# Inhalt

## EWN

1   <b>Regelbetrieb für LNG-Terminal steht weiter aus</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung, 17.05.2024</i> .....	3
2   <b>Grüne zwingen Union mit einfachem Trick zu einer heiklen Atom-Entscheidung</b> <i>focus.de, 16.05.2024</i> .....	4
3   <b>KERNKRAFT: Slowakei will neuen Reaktor errichten</b> <i>Energie &amp; Management powernews, 16.05.2024</i> .....	6
4   <b>Preisexplosion bei Fernwärme – Energieminister Meyer für Regulierung</b> <i>dpa-Landesdienst Mecklenburg-Vorpommern, 16.05.2024</i> .....	7

## Regelbetrieb für LNG-Terminal steht weiter aus

Die Nutzung des umstrittenen Flüssigerdgas-Terminals in Mukran im Regelbetrieb verschiebt sich weiter Richtung Sommer. Nachdem im März die Anlieferung von verflüssigtem Erdgas (LNG) per Tankschiff und die Einspeisung in das deutsche Pipeline-Netz erfolgreich getestet worden waren, hatte Anfang April das staatliche Umweltamt Vorpommern den Regelbetrieb für Mukran genehmigt. Damit sei die Deutsche Regas berechtigt, das Energie-Terminal „Deutsche Ostsee“ antragsgemäß zu betreiben. „Der Zeitpunkt der anzuzeigenden Inbetriebnahme ist nicht weiter terminiert. Er wird der zuständigen Behörde, dem Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt, kurzfristig bekannt gegeben“, teilte das Unternehmen am Mittwoch mit. Bei der Übergabe der behördlichen Unterlagen hatte Regas-Aufsichtsratschef Stephan Knaube angekündigt, bis Mitte Mai mit dem Regelbetrieb beginnen zu wollen. Nach eigenen Angaben muss das Unternehmen „im Einklang mit den Bescheiden“ noch verschiedene Nachweise erbringen. Die bis zum 15. Mai terminierten Nachweise würden durch die Deutsche Regas fristgemäß erbracht, hieß es. Ob weitere ausstehen, blieb damit offen.

Als Grund für die Verzögerung gilt auch ein beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig anhängiges Verfahren. Das unweit von Mukran gelegene Ostseebad Binz hatte im Eilverfahren beantragt, den Betrieb des LNG-Terminals zu untersagen. Der Antrag sei zur Stellungnahme an die Deutsche Regas übermittelt worden, verbunden mit der Bitte, „vorläufig sicherzustellen, dass mit Maßnahmen, die dem Antrag zuwiderlaufen, noch nicht begonnen wird“, teilte eine Sprecherin des Gerichts auf Anfrage mit. Bis zum 24. Mai habe das Unternehmen Zeit, sich zum Antrag der Gemeinde Binz zu äußern. Ein Termin für die Entscheidung des Gerichts stehe noch aus.

Neben Binz, nach dessen Ansicht das Terminal mit gravierenden Sicherheitsrisiken für Wohn- und Kurgebiete verbunden ist, hält auch die Deutsche Umwelthilfe ihren Widerstand aufrecht. Die Umweltschutzvereinigung hatte am Dienstag Widerspruch gegen die Betriebsgenehmigung für die beiden zur Anlandung von Flüssigerdgas eingesetzten Spezialschiffe eingelegt. Sollte das zuständige Umweltamt in Stralsund den Widerspruch abweisen, werde ebenfalls Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht erhoben.



focus.de | 16.05.2024

WEBLINK

**EINE ANALYSE VON ULRICH REITZ**

## Grüne zwingen Union mit einfachem Trick zu einer heiklen Atom-Entscheidung

Grüne und SPD versuchen, die Debatte um den Missbrauch des Staates beim Atomausstieg umzudrehen. Handfest drohen sie der Union. Die steht nun vor einer riskanten Entscheidung.

Skandal oder nicht? Täuschung der Bevölkerung oder nicht? Missbrauch von Beamten oder nicht? Im Bundestag geht es um die Aufarbeitung ungeklärter Umstände beim endgültigen Atomausstieg, da stößt der letzte Redner überraschend eine massive Drohung aus:

### Grüne freuen sich auf den Atom-Wahlkampf und bieten Wette an

Bei den Gas- und Öl-Deals der Vergangenheit habe es „dreckige Geschäfte“ gegeben, sagt Andreas Audretsch. Und wenn es nun um Deutschlands Energiegeschichte ginge, um die Abhängigkeit von Russland und anderen autoritären Staaten, dann freue er sich schon auf deren „Aufarbeitung“. Und wenn die Union nun neue Kernkraftwerke wolle – die CDU hat das auf ihrem jüngsten Parteitag beschlossen, der CSU-Chef war schon vorher dafür – dann freue er sich schon „auf die Auseinandersetzung im Wahlkampf“.

Andreas Audretsch ist in Parlamentsdebatten ein harter Hund. Der Grüne Fraktionsvize ist geübt darin, Vorwürfe an die Adresse der Bundesregierung umzudrehen in Vorwürfe an die Adresse der Union. Manchmal ist es plump und hört sich nach gestrigem „Whataboutism“ an. Aber manchmal erwischt Audretsch eben auch einen Punkt.

Im Grunde bieten Grüne und SPD der Union – und auch der FDP – gleich eine doppelte, für sie riskante Wette an:

Teil Eins: Wenn Ihr jetzt in einem Untersuchungsausschuss bis in den letzten Aktenvermerk aufklären wollt, was in Robert Habecks Wirtschafts- und in Stef-

fi Lemkes Umweltministerium beim Atomausstieg gelaufen ist, dann werden wir, gleichfalls bis zum letzten Aktenvermerk aufklären, wie ihr Deutschland in die Energieabhängigkeit von Diktaturen wie Russland und Aserbaidschan geführt habt. Mal sehen, für wen dann der Schaden größer ist.

Teil Zwei: Wenn ihr ernsthaft über neue Kernkraftwerke in Deutschland diskutieren wollt, dann: gerne. Und gerne im Wahlkampf. Mal sehen, wer dann diesen Streit gewinnt.

Die Grünen haben sich jedenfalls für eine derartige Wahlkampfschlacht gut gerüstet, zum Beispiel mit diesem Hinweis, den im Bundestag Robert Habeck gibt: Angela Merkel, die Bundeskanzlerin von der CDU, hat in ihrer Amtszeit elf Kernkraftwerke abgeschaltet. Die Ampel machte bloß drei dicht. Den Vorwurf von Fraktionsvize Jens Spahn, das unbedingte Festhalten der Grünen am Kernkraft-Erbe sei ein „Erbe von Tritin“, dem gerade für die Union peinlicherweise von Merkel gewürdigten Grünen Ex-Umweltminister, kontert Julia Verlinden von den Grünen: Der Atomausstieg sei vielmehr ein „Erbe Merkels“. Historisch gesehen stimmt beides.

### Die Grünen haben einen empfindlichen Punkt getroffen

Umweltministerin Lemke sagt, Atomkraftwerke seinerzeit länger laufen zu lassen als die unter dem Druck der FDP mit Kanzler-Richtlinienkompetenz beschlossenen drei Monate mehr, hätte „Abstriche bei der Sicherheit“ zur Folge gehabt, plus: Die Unternehmen hätten für ein jahrelanges Weiterlaufen nicht die Haftung übernommen, das hätte der Staat dann übernehmen müssen. Was man den Bürgern nicht hätte zumuten können. Da haben die Grünen einen empfindlichen Punkt.

Das gilt auch für eine Neuauflage der Kernkraft. Die

Investitionen wären milliardenschwer, wodurch die Kernkraft sehr teuer würde, und auch dann gehe es wohl kaum ohne „Staatshaftung“. Und ein weiteres, womöglich entscheidendes Argument: Beim Atomausstieg, sagt Lemke, habe es einen parteiübergreifenden Konsens gegeben, was bei einer so wesentlichen Frage auch gesellschaftspolitisch wichtig sei. Einen solchen Konsens würde es im Fall eines von Union und möglicherweise FDP angestrebten Wiedereinstiegs definitiv nicht geben – die linke Seite würde nicht mitziehen dabei. Nicht einmal im Fall der Entwicklung neuer Technologien wie den kleinen Reaktoren (SMR). Oder der Kernfusion. Plus:

### **Firmen keine Verbündeten bei einem Wiedereinstieg**

Die deutschen Energieunternehmen werden absehbar keine Verbündeten sein bei einem Wiedereinstieg in die Kernkraft. RWE-Vorstandschef Markus Krebber hat öffentlich erklärt, die Atomkraft habe sich aus seiner Sicht in Deutschland final erledigt. Sein Unternehmen baut der Vorstand schon seit einiger Zeit strategisch um zu einer führenden Firma für erneuerbare Energien. Einen Atom-Wiedereinstieg würden sich deutsche Unternehmen von einer atomfreundlichen Regierung teuer bezahlen lassen.

Anlass für die Debatte im Bundestag sind die Vorwürfe, die Bundesregierung habe unter der Führung der

beiden grünen Minister Habeck und Lemke die Öffentlichkeit getäuscht. Indem sie den Eindruck erweckt hätten, der Atomausstieg sei objektiv und nicht ideologisch. Und die Akten aus den Ministerien seien gezielt manipuliert worden. Die von Habeck versprochene „ergebnisoffene Prüfung“ habe es nie gegeben.

### **Habeck und Lemke schafften es nicht, die Vorwürfe aus der Welt zu schaffen**

Dieser Meinung ist nicht nur die Union, die deshalb einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss erwägt, sondern – wieder einmal brisant für die Ampelkoalition – auch die FDP. Die sagt, ehrlich wäre gewesen, wenn die beiden grünen Minister von Anfang an gesagt hätten: „Wir tun alles für Deutschlands Versorgungssicherheit – bis auf Kernkraftwerke.“

Habeck und Lemke schafften es nicht, die Vorwürfe aus der Welt zu schaffen. Womöglich wollten sie aber auch gar nicht schaffen. Sie wählten Angriff als beste Verteidigung. Jetzt liegt der Ball wieder im Feld der Union. Sie muss diese Frage beantworten: Selbst, falls ihr der Nachweis von grünem Staatsmissbrauch bei Atomausstieg gelingt, wieviel bleibt womöglich wegen der Russland-Abhängigkeit an ihr selbst hängen? Und: Ist eine Atomkraft-Renaissance in einem Jahr noch ein attraktives Thema, um damit Wahlen zu gewinnen?

Keine einfache Entscheidung.

## KERNKRAFT: Slowakei will neuen Reaktor errichten

*Die slowakische Regierung hat grünes Licht für den Bau eines weiteren Reaktors auf dem Areal des Kernkraftwerks Jaslovske Bohunice gegeben.*

Das Vorhaben ist seit mehr als einem Jahrzehnt Gegenstand politischer Debatten. Nun gibt es erstmals einen Kabinettsbeschluss, der über Absichtserklärungen hinausgeht. Wirtschafts- und Finanzministerium in Bratislava sollen bis Ende Oktober 2024 ein detailliertes Konzept zu Vorbereitungs- und Bauarbeiten sowie zur Finanzierung des in der Westslowakei geplanten Megaprojekts vorlegen.


Nach bisherigen Verlautbarungen wird der Meiler eine installierte Leistung von 1.200 MW aufweisen. Bei der Realisierung des Großvorhabens soll die in Jaslovske Bohunice schon vorhandene Infrastruktur genutzt werden. Von ehemals vier Reaktoren sind dort noch zwei in Betrieb; diese wurden unter Verwendung russischer Know-hows errichtet. Eine Einbeziehung russischer Unternehmen auch in den Bau des neuen Blocks schloss Wirtschaftsministerin Denisa Sakova kategorisch aus.

Der geplante Reaktor soll allein aus öffentlichen Geldern finanziert werden. Experten in Bratislava gehen jedoch davon aus, dass die Regierung wegen der höchst aktuell angespannten Haushaltslage vor allem nach privaten Investoren suchen muss. Dies könnte sich nach dem Debakel bei der Erweiterung des Kernkraftwerks im westslowakischen Mochovce um zwei Meiler sehr schwierig gestalten. Insgesamt sind in der Slowakei fünf Kernreaktoren am Netz. Außer den bei-

den Blöcken in Jaslovske Bohunice gibt es drei in Mochovce, wo im Laufe dieses Jahres noch ein vierter Meiler in Betrieb genommen wird. Der Ausbau von Mochovce hatte sich um mehr als ein Jahrzehnt verzögert und war mit Errichtungskosten von rund 6 Milliarden Euro mehr als doppelt so teuer wie ursprünglich geplant.

Die tschechische CEZ hatte schon vor Jahren ihr Interesse am Bau eines damals noch fünften Reaktor in Jaslovske Bohunice bekundet und war auch Mitgründerin einer Gesellschaft, die das Projekt zusammen mit slowakischen staatlichen Stellen in die Wege leiten sollte. Hier werde ein Ausgleich gefunden werden, so Sakova.

Der Strombedarf in der Slowakei wird schon jetzt zum Großteil über Kernenergie gedeckt. Ministerpräsident Robert Fico möchte die Versorgung über Atomreaktoren weiter forcieren, sodass mittelfristig mindestens 80 Prozent des in der Slowakei benötigten Stroms mithilfe von Atomkraft erzeugt werden. Die Slowakei soll sich außerdem als verlässlicher Stromlieferant in Osteuropa positionieren, der im Falle von Krisen auch Nachbarländer unterstützt. So hatte Fico der ukrainischen Regierung Anfang April angeboten, dass Stromausfälle in der Westukraine infolge von Kriegsschäden auch längerfristig durch Elektrizitätszufuhr aus der Slowakei ausgeglichen werden könnten.

 dpa-Landesdienst Mecklenburg-Vorpommern | 16.05.2024

## Preisexplosion bei Fernwärme – Energieminister Meyer für Regulierung

*In keinem anderen Bundesland ist der Anteil der Wohnungen, die an Fernwärmenetze angeschlossen sind, so hoch wie in MV. Die Preisentwicklung bereitet Energieminister Meyer daher auch große Sorge.*

**Schwerin/Kiel (dpa)** - Die enorm gestiegenen Preise für Fernwärme gefährden nach Ansicht von Mecklenburg-Vorpommerns Energieminister Reinhard Meyer (SPD) die Akzeptanz für die angestrebte Energiewende auch auf dem Wärmesektor. «Um dem entgegenzuwirken, brauchen wir eine planungs- und zukunftsichere Regelung. Dies beinhaltet die Möglichkeit, auf die Preisbildung auch regulierend einzugreifen», betonte Meyer am Donnerstag anlässlich der Fachministerkonferenz in Kiel. Bei dem Treffen der Ressortchefs von Bund und Ländern sollte es vorrangig um die Steuerung der Energiepreise, den Strommarkt und die Wärmewende gehen. Meyer nahm selbst nicht an der Konferenz teil und wurde von Staatssekretärin Ines Jesse vertreten.

Nach Überzeugung Meyers sind auch auf dem Wärmemarkt staatliche Maßgaben zur Preisgestaltung unumgänglich. Die derzeit verwendeten Preisanpassungsformeln seien regional sehr unterschiedlich, die Entwicklungen für Verbraucher weder berechen- noch nachvollziehbar. In Sinne der Wärmekunden seien dringend Veränderungen erforderlich. «Bei Strom und Gas hat dies nach der Einführung der Entgeltregulierung im Jahre 2005 auch geklappt. Einen ähnlichen Weg wollen wir gern auch bei der Fernwärme gehen», erklärte der SPD-Politiker. Ziel sei, die Transparenz der Fernwärmekosten zu erhöhen und nur solche Faktoren in die Kostenberechnung einfließen zu lassen, die wirklich preisrelevant sind.

Um die Wende hin zu einer klimaneutralen Wärmeversorgung erfolgreich zu meistern, soll nach dem Willen der Bundesregierung der Einsatz von Gas, Öl und Kohle drastisch reduziert werden. Ein wichtiger Faktor ist dabei die Versorgung mit Fernwärme, die zunehmend durch möglichst abgasarme Verfahren gewonnen werden soll. Dazu gehören Ökostrom, Erdwärme oder auch Wasserstoff. Die Kommunen sind verpflichtet, bis spätestens Mitte 2028 für ihre Gebiete Wärmepläne zu erstellen, wie in Zukunft geheizt werden soll, wo es mehr zentrale Versorgung und wo es weiterhin

individuelle Lösungen wie etwa mit Wärmepumpen geben soll.

Nach Angaben des Statistischen Landesamtes mussten in Mecklenburg-Vorpommern die Bezieher von Fernwärme im April einen deutlichen Preisanstieg verkraften. So kletterten die Preise im Vergleich zum Vorjahresmonat um von 25,3 Prozent. Die Preise für Strom allerdings lagen laut Statistik um 9,3 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres, Heizöl war um 8,6 Prozent billiger, der Gaspreis stieg geringfügig um 1,1 Prozent.

Auf die deutliche Kostensteigerung bei Fernwärme und vielfach fällig hohe Nachzahlungen hatte auch der Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen reagiert. Wer mit Fernwärme versorgt werde, könne - anders als etwa bei Strom - nicht mal eben den Anbieter wechseln, erklärte Verbandsdirektor Andreas Breitner. «Dieses «naturegegebene» Ungleichgewicht zwischen Energieversorger und Nutzer ist offenbar für manches - oftmals kommunales - Versorgungsunternehmen eine große Verlockung, an der Preisschraube zu drehen», mutmaßte Breitner.

Er sprach sich dafür aus, eine unabhängige, bundesweit agierende Behörde zu schaffen, die laufend die Preise für Fernwärme beobachtet, kontrolliert und umgehend eingreift, wenn übermäßige Profite zulasten der Verbraucher gemacht würden. Fernwärmeanbieter sollen verpflichtet werden, Gewinne in die lokale Wärmeversorgung zu reinvestieren. «Eine Quersubventionierung anderer öffentlicher Aufgaben durch Überschüsse aus dem Fernwärmebusiness muss gesetzlich ausgeschlossen werden», forderte Breitner.

Nach Erhebungen des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft wurden 2023 in Deutschland etwa 34 Prozent der Wohnungen mit Gas beheizt, 23 Prozent mit Öl und 15 Prozent mit Fernwärme. Bei neu gebauten Wohnungen liegt der Fernwärmeanteil demnach aber bereits über 23 Prozent. In Mecklenburg-Vorpommern wurden der Erhebung zufolge 38 Pro-

zent der Wohnungen fernbeheizt, bundesweit der und Berlin.  
höchste Wert, noch vor den Stadtstaaten Hamburg